



Band 6. Die Weimarer Republik 1918/19–1933

Erklärung des Generalfeldmarschalls Paul von Hindenburg vor dem Untersuchungsausschuss der verfassungsgebenden Nationalversammlung [„Dolchstoßlegende“] (18. November 1919)

Ein zentraler Propagandatopos der nationalistischen Rechten gegen die Weimarer Demokratie und die sie im wesentlichen tragenden Parteien SPD, Zentrum und DDP war die „Dolchstoßlegende“, also die Behauptung, die militärische Niederlage des Deutschen Reiches 1918 sei durch die Revolution an der Heimatfront herbeigeführt worden. Verstärkt wurde das Bild des „Dolchstoßes“ in der öffentlichen Debatte nach einem Bericht der *Neuen Züricher Zeitung* vom 17. Dezember 1918 aufgegriffen, worin Presseartikel des britischen Generals Frederick Maurice über die deutsche Niederlage verfälschend wiedergegeben wurden. Bei seinem Auftritt vor dem Untersuchungsausschuss der Nationalversammlung am 18. November 1919 verlas der ehemalige Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg eine zusammen mit Karl Helfferich und Erich Ludendorff vorformulierte Erklärung, in der er ausdrücklich den „Dolchstoß“ als Grund für die Niederlage anführte und Fehlleistungen in der politischen und militärischen Führung des Kaiserreichs – nicht zuletzt durch die Oberste Heeresleitung – verschwieg.

[. . .]

Zeuge Generalfeldmarschall **v. Hindenburg**: Die Geschichte wird über das, was ich hier nicht weiter ausführen darf, das endgültige Urteil sprechen. Damals hofften wir noch, daß der Wille zum Sieg alles andere beherrschen würde. Als wir unser Amt übernahmen, stellten wir bei der Reichsleitung eine Reihe von Anträgen, die den Zweck hatten, alle nationalen Kräfte zur schnellen und günstigen Kriegsentscheidung zusammenzufassen; sie zeigten der Reichsleitung zugleich ihre riesengroßen Aufgaben. Was aber schließlich, zum Teil wieder durch Einwirkung der Parteien, aus unseren Anträgen geworden ist, ist bekannt. Ich wollte kraftvolle und freudige Mitarbeit, und bekam Versagen und Schwäche.

Vorsitzender: Auch das ist ein Werturteil, gegen das ich entschieden Einspruch erheben muß.

Zeuge Generalfeldmarschall **v. Hindenburg**: Die Sorge, ob die Heimat fest genug bliebe, bis der Krieg gewonnen sei, hat uns, von diesem Augenblicke an nie mehr verlassen. Wir erhoben noch oft unsere warnende Stimme bei der Reichsregierung. In dieser Zeit setzte die heimliche planmäßige Zersetzung von Flotte und Heer als Fortsetzung ähnlicher Erscheinungen im Frieden ein. Die Wirkungen dieser Bestrebungen waren der Obersten Heeresleitung während des letzten Kriegsjahres nicht verborgen geblieben. Die braven Truppen, die sich von der revolutionären Zermürbung freihielten, hatten unter dem pflichtwidrigen Verhalten der revolutionären Kameraden schwer zu leiden; sie mußten die ganze Last des Kampfes tragen.

(Glocke des Vorsitzenden. — Unruhe und Zurufe.)

Vorsitzender: Ich bitte fortzufahren, Herr Generalfeldmarschall.

Zeuge Generalfeldmarschall **v. Hindenburg:** Die Absichten der Führung konnten nicht mehr zur Ausführung gebracht werden. Unsere wiederholten Anträge auf strenge Zucht und strenge Gesetzgebung wurden nicht erfüllt. So mußten unsere Operationen mißlingen, es mußte der Zusammenbruch kommen; die Revolution bildete nur den Schlußstein.

(Unruhe und Zurufe.)

Ein englischer General sagte mit Recht: „Die deutsche Armee ist von hinten erdolcht worden.“ Den guten Kern des Heeres trifft keine Schuld. Seine Leistung ist ebenso bewundernswürdig wie die des Offizierkorps. Wo die Schuld liegt, ist klar erwiesen. Bedurfte es noch eines Beweises, so liegt er in dem angeführten Ausspruche des englischen Generals und in dem maßlosen Erstaunen unserer Feinde über ihren Sieg.

Das ist die große Linie der tragischen Entwicklung des Krieges für Deutschland nach einer Reihe so glänzender, nie dagewesener Erfolge an zahlreichen Fronten, nach einer Leistung von Heer und Volk, für die kein Lob groß genug ist. Diese große Linie mußte festgelegt werden, damit die militärischen Maßnahmen, die wir zu vertreten haben, richtig bewertet werden können.

[. . .]

Quelle: *Stenographischer Bericht über die öffentlichen Verhandlungen des 15. Untersuchungsausschusses der verfassungsgebenden Nationalversammlung*, Bd. 2. Berlin, 1920, S. 700-01.